

Bezugspreis:

Einzelheft 10 Pf. - 1/2 J. monatlich 10.- Mk. ...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagbeilage 'Welt u. Zeit' erscheint wochentags zweimal, Samstags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Donnerstag, den 24. Juni 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Das Kabinett Fehrenbach.

Es kann zur Stunde als feststehend angenommen werden, daß das Kabinett Fehrenbach auf der beabsichtigten Grundlage zustande kommen wird.

Von der Ministerliste steht bisher folgendes fest:

- Reichskanzler Fehrenbach (Ztr.), Reichsjustizminister und Stellvertreter des Reichskanzlers Heinze (D. Vp.), Reichminister des Innern Koch (Dem.), Reichminister des Auswärtigen Simon (Dem.), Reichfinanzminister Wirth (Ztr.), Reichswehrminister Gehler (Dem.), Reichsverkehrsminister Grüner, Reichspostminister Sieberts (Ztr.).

General Grüner gehört keiner Partei an, gilt aber als dem Demokraten nahestehend.

Unrichtig ist die Meldung eines Mittagsblattes, daß der Charlottenburger Oberbürgermeister Dr. Scholz Reichswirtschaftsminister und Herr v. Raumer Reichsstaatsminister werden wird.

Der heute vormittag gefasste Beschluß des Reichstages schließt die Entgegennahme der Programmklärung der neuen Regierung für den kommenden Montag vor.

Entwaffnung und Heeresverminderung.

Paris, 23. Juni. Die Antwort der Alliierten auf die deutsche Note, betreffend Aufrechterhaltung einer Armee von 200 000 Mann ist am Mittwochmorgen dem deutschen Gesandtschaftsträger in Paris übergeben worden.

Außer der Antwort der Alliierten sind laut 'Journal des Débats' der deutschen Friedensdelegation zwei weitere Noten betr. die allgemeine Entwaffnung und die Ablieferung

des Luftschiffmaterials überreicht worden. Darin ist u. a. der Beschluß der Konferenz festgelegt, daß die Deutschen die Arbeitskräfte für die Herstellung des Luftschiffmaterials selbst zu stellen haben.

Parteitag der englischen Arbeiterpartei.

Amsterdam, 24. Juni. Die Jahresversammlung der englischen Arbeiterpartei (Labour Party) in Scarborough nahm eine Entschließung an, die besagt, die Friedensbedingungen hängen mit den Kriegszielen in Widerspruch. Ferner wird in der Entschließung die Anerkennung der gegenwärtigen russischen Regierung, die Wiederherstellung der Handelsbeziehungen mit Rußland und das Unterlassen jeglicher Hilfe an die antibolschewistische Mächte gefordert.

Seemannskonferenz und Achtlundentag.

Genau, 23. Juni. Der zur Beratung des Achtlundentages eingeleitete Ausschuh der internationalen Seemannskonferenz verwarf mit 17 gegen 11 Stimmen den Antrag der Reederevertreter, alle Offiziere grundsätzlich von dem Achtlundentag auszuschließen.

Lohnabbau und Wirtschaftspolitik

Von Richard Woldt.

Die steigende Mark mit den sinkenden Preisstendenzen formt die Unternehmerenergie, die Laffen und Opfer dieser Krise auf die Arbeiter abzumägen. Wirtschaftlich kommt bei den Arbeitern eine sehr begreifbare Kompensation in Form von Lohnabbau und die Gewerkschaftsführer mit Verantwortungsgelühl haben ihren eigenen Mitgliedern gegenüber sehr oft einen schweren Stand.

Diese Lohnbewegungen sind zum großen Teil ziemlich schwer durchzuführen. Die allgemeinen wirtschaftlichen Unsicherheitsfaktoren machen es den Unternehmern gerade gegenwärtig leichter möglich, wegen Mangel an Aufträgen und der geringen Unternehmungslust ihre Betriebe schließen zu können, wenigstens damit zu drohen.

Soll unter Wirtschaftspolitik in der jetzigen Situation nicht zu Druck gehen, dann muß mit ruhiger psychologischer Hand in diese Dinge eingegriffen werden. Von links hofft man die Stimmungsmomente für sich auszuwerten zu können, die sorgenden Gesichter der unabhängigen 'Wohlfahrter' sehen sich ja noch jedem Rettungskomitee um.

Zwei Momente sind besonders zu berücksichtigen: Der Abbau der Löhne kann nur erfolgen, nachdem vorher die Lebensmittelpreise gesenkt worden sind, und in den Arbeitsgemeinschaften ist den Unternehmern sehr gründlich und sachkundig in ihre Profitpolitik hinein zu leuchten.

Erst muß der Arbeiter sich mehr kaufen können, bevor sein Einkommen herabgesetzt wird. Diese Umkehrung muß planmäßig erfolgen. Wilde Aktionen der Selbsthilfe, Bewegungen, bei denen die Syndikalisti ihre Feuerchen anzuzünden versuchen, schaden für die Arbeiter meist in ihr Gegenteil um.

Der 'Bund Neues Vaterland' wird folgender Aufruf an die Mitglieder des Reichstages verbreitet: 'Der Bund Neues Vaterland, der Republikanische Führerbund und der Friedensbund der Kriegsteilnehmer' haben anlässlich der Ermordung Hans Paasches einen Aufruf an die ganze Kulturwelt gerichtet, in dem die Gemeinwohllichkeit des deutschen Militarismus gekennzeichnet ist.

Spindel- und Bolschewistengeschichten.

Eine Erklärung Victor Kopp's.

Die 'Tägl. Rundschau' brachte dieser Tage einen Masmartikel, der vor einer bolschewistischen Nebenregierung warnen sollte. Diese Nebenregierung ist angeblich in der hiesigen Vertretung der Sowjetrepublik für Kriegsgefangenenfragen bei Herrn Victor Kopp, und es wurden sogar die Namen von bekannten Unabhängigen genannt, die mit Kopp konferieren.

Unter dem auffaeherrlichen Titel 'Die bolschewistische Nebenregierung in Berlin' bringt die Abendausgabe der 'Tägl. Rundschau' vom 22. d. Mts. ein Scherzermärgen über eine angeblich unter meiner Leitung stattgefundenen unabhängigen-kommunistischen Konferenz.

Ich weiß nicht, ob dieser Hinweis, der die ganze Meldung als eine nachlässig ausgeführte Spindelarbeit enthält, genügen wird, um die Zeitungen, die diese Nachricht gebracht und verbreitet haben, zum Eingeständnis zu bringen, daß sie in unverantwortlicher Weise irreführend worden sind.

Wir geben dieser Zuschrift um so lieber Raum, als sich notwendig aus der Einsichtnahme für öffentliche Ordnung, Wahrmann, veranlaßt ist, durch die V. P. R. eine Erklärung in die Welt zu setzen, wonach die bolschewistische propagandistische Tätigkeit des Herrn Kopp vor aller Welt klarzulage liege.

Victor Kopp Vertreter eines anderen Staates ist und daß er dadurch dem Auswärtigen Amt ins Handwerk pfuscht. Das deutsche Volk hat aber wirklich ein Interesse daran, endlich den 'Bolschewisten-Schreien' zu überwinden und die Spindel zum Teufel zu jagen.

Fort mit der Militärjustiz!

Der 'Bund Neues Vaterland' wird folgender Aufruf an die Mitglieder des Reichstages verbreitet:

Der 'Bund Neues Vaterland', der Republikanische Führerbund und der Friedensbund der Kriegsteilnehmer' haben anlässlich der Ermordung Hans Paasches einen Aufruf an die ganze Kulturwelt gerichtet, in dem die Gemeinwohllichkeit des deutschen Militarismus gekennzeichnet ist.

Wenn der Reichstag nicht unmittelbar nach seinem Zusammentritt die restlose Befreiung der Militärgerichtsbarkeit beschließt, werden die pazifistischen Organisationen auf Grund des Artikels 73 der Reichsverfassung dazu aufrufen, durch Volksbegehren und Volksentscheid diese Forderung zu erzwingen.

Dieser Aufruf deckt sich inhaltlich mit dem in unserem heutigen Morgenblatt wiedergegebenen Aufruf 'Für Volkseinheit gegen die Militärgerichte'. Für ihn gelten die gleichen Bedenken, die wir dem erwähnten Aufruf gegenüber geltend gemacht haben.

Präsidentenwahl in Württemberg. In der letzten Sitzung des Landtages wurde der bisherige Kultusminister Abg. Dr. Sieber (Z.) mit 52 Stimmen zum Staatspräsidenten gewählt. Der frühere Landtagspräsident, Rechtsanwalt Dr. Raub, erhielt die 27 Stimmen des Bauernbundes und der Bürgervereine.

Der einzige Weg, die Einwirkung zum Abbau der Löhne ohne die schwersten Schädigungen für die Arbeiter verlaufen zu lassen, kann nur darin bestehen, daß in der unendlichen Verteilungsposition, in die die Gewerkschaftsführer jetzt gedrängt werden, wir unbedingt das Hilfsmittel der Indexziffern zu benutzen haben.

Das Existenzminimum! Wie kalte die Indexziffern nicht für das Hilfsmittel, das uns aus den Räten der Zeit bringen kann. Jede tarifliche Regelung schemati-

ihres Opportunismus abzuzugeln. Die Braunschweiger Unabhängigen haben wenigstens den Mut gehabt, eine Politik zu machen, sie haben sich zum Tun entschlossen, während die „Freiheit“-Leute glauben, für das Proletariat schon etwas getan zu haben, wenn sie in unfruchtbarer ideologischer Negation beharren.

Die „rote Fahne“ hat in diesem Fall die Logik für sich. Entweder, man hat den Mut, den Weg zur Diktatur zu gehen, der über unzählige Arbeiterleichen führt und noch unserer Ueberzeugung der Arbeiterklasse nichts als fürchterliche Heißhölzer und neues entmensliches Elend bringen würde, oder man muß den Mut haben, den Arbeitern die Wahrheit zu sagen, und innerhalb der gegebenen Verhältnisse seine ganze Gewalt in ihrem Interesse einzusetzen.

Die U.S.P.-Fraktion hat laut „Freiheit“ beschlossen, sich mit dem Krisenbrief an Hermann Müller solidarisch zu erklären. Sie konnte wohl nicht anders, als das Zentralkomitee decken. Aufrecht erhalten lassen wird sich dieser Standpunkt aber nicht, sie wird durch die Tatsachen zur Teilnahme und Mitverantwortung an der positiven Arbeit gezwungen werden.

Der Verband niederländischer Fabrikanteneinigungen hat an die hiesige Kammer eine Adresse gerichtet, in der eine Anzahl Bedenken gegen den Segensbrief betreffend das holländisch-deutsche Kredit- und Kohlenabkommen vorgebracht werden.

Groß-Berlin

Achtung, Genossinnen!

Wichtige Konferenz der Berliner Funktionärinnen am Sonntag 5 Uhr im Jugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof links 3 Tr. Das Ergebnis der Arbeit und unsere Arbeit. Referentin: Genossin Bohm-Eichig, u. d. N.

Verhaftete Postkassenschwindler.

Ein großer Postkassenschwindler ist von den Behörden entdeckt und aufgefahret worden. Die Täter sitzen hinter Schloß und Riegel. Vor einiger Zeit stellte die Oberpostdirektion fest, daß auf dem hiesigen Postfachamt 100000 Mark abhandelt gekommen waren. Es ergab sich bald, daß mit Rücksicht auf „gehobene“ sein mußte. Der Kriminalkommissar gelang es, die Schwindler festzunehmen. Die Wohnungsbauer Max John und Fritz Winter waren vor einiger Zeit mit einem 80 Jahre alten schwachen Geschäftsfreundlichen Fritz Siedel und einem 32 Jahre alten Arbeiter Richard Rau in Verbindung gekommen. Diese beiden sind wiederholt vorbestraft. Das Kontokorrentkonto den Post, die Post um große Summen zu schädigen. In diesem Zweck legte Siedel bei dem Postfachamt ein Konto an und machte die dazu erforderlichen Einzahlungen. Durch Vermittlung und Zahlung seiner Geliebten erhöhte er zunächst das Konto, um es dann nach und nach wieder abzubauen, als die Gatte glaubte, daß ihr Einkommen geringere Mäße, erhielten die beiden Kassehalter den Auftrag, auf Siedels Konto eine größere Summe zu überführen. Die Schwindler erschienen dem Aufwachen zunächst so groß, daß sie den Post verloren. Als sie sich dabei ihren Auftraggebern Siedel und Rau offenbarten, kamen sie schlecht an. Die beiden Verbrecher lachten locker und drohten ihnen, daß sie sie demnächst in die Spree werfen würden, wenn sie nicht endlich mit dem Plane fertig würden. Deshalb gingen die Kassehalter doch wieder ans Werk und brachten es auf fertig, daß auf Siedels Konto 180000 M. überführt wurden. Jetzt trat auch Rau in Tätigkeit. Er hob zunächst einmal 20000 M. ab. Jetzt wurden die Verbrecher dreister, erhoben Beträge von 80000 M. und mehr und brachten so bald die ganze Summe an sich. Die beiden Kassehalter bekamen erheblich weniger als den verabredeten Anteil und merkten auch bald, daß sie „getampelt“ wurden.

Inzwischen wurde der Fehlbetrag festgestellt und die Kriminalpolizei begann mit ihren Verhaftungen. Der Verdacht fiel zunächst auf die Kassehalter, die nach längerem Zeugen ein Geständnis ablegten. Jetzt offenbarten sie auch, daß Siedel und Rau die treibenden Kräfte gewesen waren und sie betrogen hatten. Beide waren bereits aus ihren Wohnungen verschwunden, als die Kriminalpolizei dort erschien, um sie festzunehmen. Durch Beobachtungen stellten die Kriminalbeamten fest, daß beide in Mahndorf ein Unterkommen gefunden hatten. Dort lebten sie auf großem Fuße, hatten ein Segelboot gemietet und liehen auch von Zeit zu Zeit ihre Bekannten herauskommen. Den Verhaftungen wichen die Verbrecher mit ihrem Segelboot flucht geschickt aus. Deshalb starteten die Kriminalbeamten ein Motorboot, um sich ebenfalls auf dem Wasser betätigen zu können. So gelang es, die Verbrechter, als sie wieder einen Anschlag machten, anzuhalten und festzunehmen.

Nach Berlin gebracht, legten sie auch zu nächst, legten dann aber unter der Last des Beweismaterials ebenfalls ein Geständnis ab. Sie gaben ferner zu, daß sie von den beiden Kassehaltern herlangt hätten, für sie auf ein neues Konto 430 000 M. zu überweisen. Diese große Summe wollten sie aber nicht mehr unmittelbar vom Postfachamt erheben, sondern an die Filiale einer hiesigen Bank überweisen lassen, um sie dort abzugeben. Bei dieser Filiale hatten sie auch bereits ein Konto angelegt. Dieser Streich ist nun vereitelt worden.

Von den 180 000 M. ist nicht mehr viel übrig. Die beiden Kassehalter haben zusammen 80 000 M. bekommen. Den Hauptanteil haben Rau und Siedel durch ihre Reiten und Bergfahrten mit ihren „Damen“ fast ganz durchgebracht. Die ganze Gesellschaft wurde nach Madrid gebracht. Die beiden Mädchen wurden einstweilen wieder freigelassen, werden sich aber wegen Fehlerzei mit zu verantworten haben.

Soll der Nachwuchs verkümmern?

Die Folgen der andauernden Ernährungschwierigkeiten für den Gesundheits- und Kräftezustand der Kinder werden beleuchtet durch die neuesten Feststellungen, die in Berlin im April und Mai dieses Jahres gemacht worden sind. Das Medizinalamt der Stadt berechnet, auf Angaben der Schulkinder, in den Gemeindeschulen die Zahl der unterernährten Kinder, wie wir aus dem Jugendpflegeamt erfahren, auf rund 30000. Hiermit vergleicht man, daß in der Zeit vor dem Kriege die Zahl der Berliner Gemeindeschulkinder, die wegen ungenügenden Kräftezustandes sich in dauernder schulärztlicher Ueberwachung befanden, pro Jahr rund 8000 betrug. Jetzt 30000 unterernährte Kinder — das bedeutet, daß heute in Berlin etwa jedes fünfte unterernährte Kind den Schulbesuch als ungenügend ablehnt. Das ist die Tatsache, die der für uns lächerliche Krieg und Hinterlassenschaft hat! Die jämmerlich der Ernährungszustand nur zu vieler Kinder in Berlin ist, das haben auch bei der von den Ärzten im Reich geleiteten Diskussion die Untersuchungen der Ärzte ergeben. Dem Kindermund bracht billige Nahrungsmittel, wenn nicht den Sorgen der Lebensmittelpolitik Einhalt geboten und gleichzeitig die Lebensmittelmenge vergrößert wird.

Vorläufig kein Steuerabzug von Naturalbegehungen.

Nach § 45 des Einkommensteuergesetzes bei der Arbeitgeber bei jeder Lohnzahlung 10 v. H. des Arbeitslohnes zu Zeiten des Arbeitsverhältnisses einzubehalten. Als Arbeitslohn gelten nach § 9 des Gesetzes außer dem Lohn aus Natural- und sonstigen Sachbegehungen. Der Wert dieser Begehungen ist gemäß § 37 des Gesetzes nach den ortsüblichen Mittelpreisen anzusetzen. Um diesen Vorschriften gerecht zu werden, schreiben die Ausführungs-

Ein politischer Mord vor dem Schwurgericht.

Der von geheimnistrollen Umhänden begleitete Tod des Reichswirtschaftsinspektors Blau aus Charlottenburg hat zu einer Anklage wegen Mordes Veranlassung gegeben, die heute gegen drei Kommunisten vor dem Schwurgericht des Landgerichts II verhandelt wird. Angeklagt sind der Sozialist Max Richte- mann, der aus dem Zuchthaus zu Brandenburg verurteilt worden ist, der Kaufmann Erwin Hoppe und der Schneidergeselle Willi Winkler — alle drei noch jugendliche Leute im Alter von 21 und 22 Jahren. Richte- mann war feierlich Besitzer der in der Parochialstraße belegenden „Terroristenzeile“, die man als „Sozialistische Mordzentrale“ zu bezeichnen pflegte.

Der der Anklage zugrunde liegende Tatbestand ist im allgemeinen kurz folgender: Am 7. August d. J. wurde vor dem Hause Königin-Augusta-Straße 21 die Leiche des Inspektors Blau aus dem Kanal geholt, die mit einer Wunde versehen war. Die langwierigen Ermittlungen führten die Behörden zu der festen Ueberzeugung, daß Blau eines gewaltsamen Todes gestorben, d. h. ermordet worden sei, und zwar aus politischen Motiven. Der Mord soll von kommunistisch-terroristischer Seite geplant und ausgeführt worden sein. Blau hatte in München in kommunistischen Kreisen verkehrt und soll dort als Spionier ermittelt worden sein. Es soll dann von Kommunisten beschlossen sein, ihn nach Berlin zu locken und hier geistlich beiseite zu schaffen. Blau landete dann auch in Berlin auf und nahm an einer kommunistischen Versammlung teil, die in der Schule in der Mittelmaler Straße stattfand. Hier soll ihm auf Grund vorhandenen Materials direkt auf den Kopf geschossen worden sein, daß er ein Spionier sei. Die die Anklage behauptet, soll nun zunächst beschlossen gewesen sein, Blau auf dem Tempelhofer Felde zu ermorden, aus Zweckmäßigkeitsgründen habe man aber davon Abstand genommen. Blau soll dann in die Wohnung eines Arbeiters Pohl in der Gneisenaustraße, dessen Eltern vertrieben waren, gelockt und dort zunächst wie ein Gefangener von mehreren Kommunisten bewacht worden sein. Ein Mann, der erklärte, von der „Terroristen-Gruppe 1“ zu sein, soll dann dem anwesenden Anwalt Hoppe

eine Pistole mit Kugeln

überbracht haben. Tags darauf soll Blau in die Wohnung des Anwalt Hoppe in der Gneisenaustraße 20 geschickt worden sein, dort mit Hoppe verplaudert Wein erhalten haben und von den drei Angeklagten erdrückt worden sein. Seine Leiche ist dann nach der Annahme der Anklage in den Kanal geworfen worden.

So stellen sich die Vorwürfe nach den Ermittlungen der Kriminalpolizei dar. Die Angeklagten haben bisher ihre Schuld durch- aus bestritten.

In der heutigen Verhandlung führt Landrichter Rat Joel den Vorsitz, die Anklage vertritt Staatsanwalt Dr. Ortman n. Die Verteidigung führen die R.A. Theod. Dieblich, Dr. Ernst Weinberg und Dr. Kurt Rosenfeld, die eine große Zahl von Zeugen geladen haben. Unter den von der Staatsanwaltschaft geladenen Zeugen befinden sich u. a. der Parteiführer Peters, die Kriminalkommissare Dr. Biermann, Zettin, Kallach, Kriminalwachmeister Henke und die medizinischen Beamten Prof. Dr. Ströuch und Dr. Kronfeld.

Die heutige Verhandlung beginnt mit einer Verpöschung, da die Angeklagten, insbesondere der aus dem Zuchthaus verurteilte Richte- mann noch nicht zur Stelle sind. Der Austritt ist nur wegen besonderer Einflüsse gestattet und wird von der Schwurgerichtspolizei kontrolliert. Die Angeklagten machen einen auffällig

jugendlich unreifen Eindruck,

insbesondere macht der fürnehmlich keine Richte- mann, der mit Notwendem Minderjährigen recht selbstbewußt an erster Stelle steht, einen recht unfürigen Eindruck.

Bei der Auslösung der Geschworenen wird schon das erste politische Moment

in den Gang der Verhandlung tritt hineingetragen. Die Verteidiger der angeklagten Kommunisten betreiben eine helle Offensiv- politik gegen das „bürgerliche“ Schwurgericht, das Schwurgericht, in dem sie sich darauf beschränken, bei der Auslösung nicht wie sonst üblich ihr „angenommen“ zu erklären, sondern stumm bleiben und nur hin und wieder bei besonders „bedrückenden“ Geschworenen von ihrem Ablehnungsrecht Gebrauch machen.

Zu den schon geladenen Sachverständigen sind noch hinzugekommen: Sanitätsrat Dr. Lehnen, Gefängnisarzt Dr. Dirsch und Gerichtsarzt Dr. Krümming. — Von den geladenen 45 Zeugen fehlen mehrere, so der Schiffseigner Puhlmann, der seiner Zeit die Leiche des ermordeten Blau gefunden hat. R.A. Dieblich erklärt, daß er auf diesen Zeugen nicht verzichten wolle. Während des Auftritts der Zeugen meldet sich noch Rechtsanwalt Schröder als Verteidiger, der von R.A. Dr. Dieblich aufgegriffen ist. — Staatsanwalt Dr. Ortman n. gibt anheim, an Stelle des

bestimmungen vor, daß, soweit nicht in kollektiven Vereinbarungen getroffen sind, die von den jeweils zuständigen Versicherungsämtern auf Grund der Reichsversicherungsordnung festgesetzten Ortspreise maßgebend sein sollen.

Rat hat sich aber herausgestellt, daß die Versicherungsämter den außerordentlich sinkenden Preisen der Lebenshaltung nicht überall und nicht gleichmäßig gefolgt sind, so daß die augenblicklichen Festsetzungen dieser Ämter große, sachlich nicht gerechtfertigte Unterschiede aufweisen. Die Gleichmäßigkeit der Besteuerung erfordert es, daß zunächst noch für die Bewertung der Natural- und sonstigen Sachbegehungen ein einheitliche Grundfrage aufgestellt werden. Der Reichsfinanzminister hat sich daher zu der Anordnung entschlossen, daß bei dem Steuerabzug vom Arbeitslohn, der bekanntlich am 25. Juni in Kraft tritt, die Natural- und sonstigen Sachbegehungen nicht in Anrechnung kommen sollen. Die Anrechnung dieser Begehungen soll vielmehr erst am 1. August, und zwar mit Wirkung von diesem Tage ab, in Kraft treten.

Da also der Belohnung eines Arbeiters gleichzeitig aus Pohl und Naturalbegehungen besteht, wird der Abzug bis zum 1. August lediglich vom Pohl und erst von diesem Tage ab vom Naturallohn vorgenommen.

Die Ausgabe von Ferienkarten, die für die Zeit der großen Schulkreisen vom 8. Juli bis zum 9. August gelten, beginnt in diesem Jahre bereits am Freitag, den 25. Juni. Sie werden ausgegeben für alle Stationsbeziehungen nach den Vororten, und zwar für die 2. und 3. Wagenklasse zu den gleichen Bedingungen wie die Monatskarten. Nach der Tarifherabsetzung stellen sich die Preise für die Zuschläge, die bei den Ferienkarten zu den Monatskartenpreisen treten, auf 2,00 M. für die Stammkarte 2. Klasse, auf 1,50 M. für die Nebenkarte 2. Klasse, auf 1,50 M. für die Stammkarte 3. Klasse und auf 0,90 M. für die Nebenkarte 3. Klasse.

Kandidat. Elternbeirat. Die im März für die Vorschule am Realgymnasium Kaiser-Friedrich-Straße, erfolgte Wahl des Elternbeirats ist seitens des Provinzial-Schulsaalrates für ungültig erklärt worden. Die Reuwahl findet am Sonntag, den 27. Juni, von 8—3 Uhr in der Turnhalle der Vorschule statt. Die Kandidaten sind der E. S. D. Beginn mit Grundriss, Eltern, deren Kinder die Vorschule am Realgymnasium besuchen und welche Freunde einer gesunden Parteientwicklung unserer Schulwesen sind, stimmen am Sonntag für die E. S. D. Liste.

Friedrichshöhe. Unser langjähriger Parteigenosse Karl Anauer ist im Alter von 65 Jahren verstorben. Die Partei ver-

nicht erschienenen Schiffseigners, der die Leiche gefunden hatte, einem anderen Zeugen, der mit auf dem Kahn gewesen ist, zu laden. — R.A. Dr. Weinberg erklärt, daß er auf vier geladene, aber nicht erschienene Zeugen nicht verzichten kann.

Es seien sämtlich Spionier

und stellen sich nun nach bekannter Manier nicht als Zeugen. Der Staatsanwalt Dr. Ortman n. behauptet, daß die Zeugen, gegen den gemeintlichen Verdachtsmomenten vorliegen, daß er selbst der Täter ist. Ein Zeuge Pohl hat ihn als solchen zu kennen geglaubt und es steht fest, daß Blau einen Hag gegen Schneider hatte. Der ebenfalls nicht erschienene Zeuge Teufel hat gleichfalls in Verdacht, an der Tat beteiligt zu sein. Stoll, ebenfalls ein Spionier, hat den Auftrag zur Herbeiführung des Blau gegeben und der Zeuge Samson ist gleichfalls Spionier. Erst die persönliche Vernehmung dieser fehlenden Zeugen werde ein richtiges Bild von der Sache geben und kann nicht durch Verlesung ihrer kommunikativen Aussagen ersetzt werden.

Staatsanwalt Dr. Ortman n. behauptet, daß die Zeugen, gegen den gemeintlichen Verdachtsmomenten vorliegen, daß er selbst der Täter ist. Ein Zeuge Pohl hat ihn als solchen zu kennen geglaubt und es steht fest, daß Blau einen Hag gegen Schneider hatte. Der ebenfalls nicht erschienene Zeuge Teufel hat gleichfalls in Verdacht, an der Tat beteiligt zu sein. Stoll, ebenfalls ein Spionier, hat den Auftrag zur Herbeiführung des Blau gegeben und der Zeuge Samson ist gleichfalls Spionier. Erst die persönliche Vernehmung dieser fehlenden Zeugen werde ein richtiges Bild von der Sache geben und kann nicht durch Verlesung ihrer kommunikativen Aussagen ersetzt werden.

Staatsanwalt Dr. Ortman n. behauptet, daß die Zeugen, gegen den gemeintlichen Verdachtsmomenten vorliegen, daß er selbst der Täter ist. Ein Zeuge Pohl hat ihn als solchen zu kennen geglaubt und es steht fest, daß Blau einen Hag gegen Schneider hatte. Der ebenfalls nicht erschienene Zeuge Teufel hat gleichfalls in Verdacht, an der Tat beteiligt zu sein. Stoll, ebenfalls ein Spionier, hat den Auftrag zur Herbeiführung des Blau gegeben und der Zeuge Samson ist gleichfalls Spionier. Erst die persönliche Vernehmung dieser fehlenden Zeugen werde ein richtiges Bild von der Sache geben und kann nicht durch Verlesung ihrer kommunikativen Aussagen ersetzt werden.

insbesondere des Schreier, der ebenso wie Teufel an dem Mord beteiligt ist. Schreier namentlich hat zu der Tat angereizt und sie veranlaßt. Die Polizei kann natürlich die Spionier nicht finden, weil sie sie nicht finden will. So war es im Ledebour-Prozess, wo der Zeuge Roland angeblich nicht zu ermitteln war, obwohl er in Berlin aus und einlag. Ebenso war der Leutnant Dahnau damals nicht zu finden, obwohl er in München tätig war. Schreier ist nun

nach der Schweiz abgehoben

morden. Teufel hat in einem Vorprozeß eine ähnliche Rolle gespielt wie Schreier hier. 10 Monate lang hat die Untersuchung gedauert, monatelang die Voruntersuchung und nicht ein einziges Mal ist der Verteidigung Gelegenheit gegeben gewesen, die Akten einzusehen. Erst Ende Mai sind die Akten ihnen zur Verfügung gestellt worden, die Akten einzusehen mit einer Erlaubnisfrist von 3 Tagen. Die Anträge auf Verlängerung der Erlaubnisfrist sind abgelehnt worden. Der Verteidigung ist es nicht möglich gewesen, die Akten auch nur einmal richtig durchzuarbeiten. Das ist eine Beschränkung der Verteidigung, gegen die protestiert werden muß. Auch aus diesem Grunde protestieren wir gegen die Verhandlung.

Vorl. Landger-Rat Joel weiß mit Entschiedenheit die Behauptung zurück, daß die Form, in welcher das Verfahren geführt worden ist, in irgend einer Weise abzuweichen ist von der Form in anderen Verfahren. Speziell die Behauptung bezüglich der Vorenhaltung der Akten tritt leinweg zu. Die Akten sind dauernd auf dem Gericht gewesen und Rechtsanwält Dr. Weinberg hat dauernd Einsicht genommen.

Lud. Staatsanwalt Dr. Ortman n. tritt den Behauptungen Dieblichs hart entgegen und betont, daß die Öffentlichkeit allerdings ein berechtigtes Interesse an der Klärung der ganzen Sache habe; aber auch die Angeklagten werden doch ein ebenso lebhaftes Interesse an der Beendigung dieses Prozesses haben. — Der Vorsitzende behauptet, das letztere und teilt mit, daß die durch die Hände des Gerichts genommenen Akten ergeben hätten, daß die Angeklagten selbst anderer Meinung als ihre Verteidiger seien.

Staatsanwalt Dr. Ortman n. erklärt, daß er die Polizei gegen den Vorwurf, die Lage bei der Ermittlung der Zeugen Schreier und Samson nicht alles getan, was in ihren Kräften gestanden habe, in Schutz nehmen wolle. Die Polizeibehörde in München habe allerdings erklärt, sie gebe vollständig die genaue Adresse des Schreier nicht preis, la S. den

Terror gewisser kommunikativer Kreise fürchte. Wenn es Zeit sei, werde sie den Zeugen schon in der Hauptverhandlung in Erscheinung treten lassen. Erst sei Schreier nach Auskunft der Polizei, nach der Schweiz verfrachtet worden. Die Sache müsse schnell und reiflich aufgearbeitet werden. Das könne aber nur jetzt geschehen, denn je länger die Sache hinauszögert werde, desto mehr vergrößere sich das Miß.

Im Anschluß an diese Verklärungen entsteht eine längere Auseinandersetzung zwischen dem Staatsanwalt und den Verteidigern, in der Rechtsanwalt Dieblich u. a. erklärt, daß Schreier von der Polizei aus guten Gründen nach der Schweiz abgehoben worden sei.

Die Formalisierung der Anträge der Verteidigung erfolgt auf Wunsch des Gerichts schriftlich.

Es folgt eine längere Beratung über die Verlegungsanträge. (Fortsetzung in der Morgen-Ausgabe.)

Nert an ihm einen freien Genossen. Auch im Bauarbeiterverband hat der Verlebene stets in hervorragender Weise die Interessen seiner Kollegen vertreten.

Groß-Berliner Parteinaechrichten.

Morgen, 25. Juni:

Charlottenburg. Elternbeirat. 7 Uhr in der Aula der 13/14. Gemeinderule, Reichsstr. 40, Versammlung. Referent: Rektor Blum über Reichsqualifikation und weibliche Schule.

Gerichtszeitung.

Dreimal zum Tode verurteilt.

Wie erinnert, wurde im Dezember des vorigen Jahres in Grunsee der Abbeckerleber Moller mit Frau und Tochter durch den eigenen Sohn erschossen. Als Anklägerin zu diesem schändlichen Verbrechen wurde die Braut des jungen Mannes, die 18jährige Johanna Hilgert und deren 34jähriger Bruder Hermann verhaftet. Die Verhandlung vor dem Schwurgericht zeigte den verhängnisvollen Einfluß, den das Mädchen auf den Elternmörder ausübte. Vorjahrs bedrängte sie ihn dazu, die Erbsparnisse seines Vaters an sich zu nehmen. Sie war sich von vornherein darüber klar, daß der Abbeckerleber bestraft werden möchte, wenn der Mann ausgeführt werden sollte. Sie besproch die Sache mit ihrem Bruder und dieser verschaffte dann den Revolver, mit dem die furchtbare Tat ausgeführt wurde.

Weber die Tat selbst bestritt der Mörder, daß seine Mutter auf dem Sofa saß und seine Schwester am Bein stand, als er die Schube drückte. Er hat seine Mutter um etwas Hilfe, da seine Braut ihre Strümpfe stricken hatte. In demselben Augenblick betrat sein Vater die Stube, der ihn fragte, was er wolle, worauf er die Antwort bekam, daß er wegen seines Arbeitsbuches gekommen sei. Der Vater verwies ihn aus dem Zimmer. Darauf ging der Sohn in die Küche, holte den Revolver, den er dort liegen gelassen hatte, schrie damit zurück, schloß sofort den Vater nieder und dann „aus Versehen“ die Mutter. Dann schloß er, wie er die Schwester erschoss und die Mutter, die noch lebte, solange mit der Wirt behandelte, bis sie tot war.

Der Mörder wurde wegen seiner Jugend zu der Höchststrafe von 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Hermann Hilgert erhielt drei Jahre Zuchthaus und 6 Jahre Erberlust. Die Anklägerin Johanna Hilgert wurde wegen Anstiftung zum Mord dreimal zum Tode verurteilt.

